



Ulrike Ackermann

Sündenfall der Intellektuellen

Ein deutsch-französischer Streit
von 1945 bis heute

Ulrike Ackermann

Sündenfall der Intellektuellen

Ulrike Ackermann

Sündenfall der Intellektuellen

Ein deutsch-französischer Streit
von 1945 bis heute

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische
Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar

wbg Academic ist ein Imprint der wbg
© 2022 by wbg (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), Darmstadt Die
Herausgabe des Werkes wurde durch die
Vereinsmitglieder der wbg ermöglicht.
Die Erstausgabe ist 2000 bei Klett-Cotta erschienen.
Umschlagsabbildung: akg-images
Satz und eBook: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH
Gedruckt auf säurefreiem und
alterungsbeständigem Papier
Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: www.wbg-wissenverbindet.de

ISBN 978-3-534-40722-4

Elektronisch ist folgende Ausgabe erhältlich:
eBook (PDF): 978-3-534-40723-1

Inhalt

Vorwort von François Bondy	9
Einleitung	11
1. »Trägerischer Frieden«: Deutsche und französische Intellektuelle im Streit um den Krieg in Ex-Jugoslawien	19
Pazifistische Gesinnung und Jugoslawien-Nostalgie in Deutschland	28
Pariser Intellektuelle im Kampf gegen ›Totalitarismus‹ und ›ethnische Säuberung‹	42
Deutscher Antifaschismus und französischer Antitotalitarismus: Der Rekurs auf Auschwitz	48
2. Zurück zu den Anfängen: Antitotalitäre europäische Intelligenz im Kongreß für kulturelle Freiheit	52
Eine kleine kommunistische Vorgeschichte	52
Der Gründungskongreß in Berlin vom 26. bis 30. Juni 1950	57
Antitotalitärer Ost-West-Dialog: Die Zeitschriften <i>Der Monat</i> und <i>Preuves</i> (Orientierungen und Arbeitsweisen des Kongresses)	77
Die Arbeit des ›Kongresses‹ zwischen den Kongressen	85
Intellektuelle Brüche: Aufstand in Ungarn 1956	96
<i>Fondation pour une entr' aide intellectuelle européenne:</i> Ein subversives Netzwerk europäischer Intellektueller	107
Das Ende des Kongresses	109
3. Der Streit um Totalitarismustheorien	120
Antitotalitarismus in Osteuropa	123
Das Jahr 1968 und die Folgen für die französische Totalitarismus- theorie	126
Paradigmenwechsel in Deutschland: Von der Totalitarismustheorie zur Faschismustheorie	132
4. Der Gulag-Schock 1974	144
Solschenizyn in Deutschland – Der störende Renegat	148
Der gefeierte Held – Solschenizyn in Frankreich	154
<i>Front antitotalitaire</i> in Paris 1976	161

5. Die Intellektuellen und der Zusammenbruch des Kommunismus	173
Der Traum vom Dritten Weg: Antifaschismus und Antikapitalismus der deutschen Intellektuellen	173
Deutsche Ostpolitik: Wandel durch Annäherung	179
Deutsches Unbehagen gegenüber den Dissidenten in Osteuropa	181
›Solidarität mit Solidarność‹ in Paris	190
1989: Geteilte Freude nach dem Sieg der Demokratie und des Kapitalismus	194
6. ›Weltanschauung‹ von links	201
Kampf um Singularität:	
Die Erbschaft des deutschen Historikerstreits 1986	201
Die Instrumentalisierung von Auschwitz	202
Französischer Historikerstreit 1997	208
<i>Schwarzbuch des Kommunismus</i> : Pariser Debatten	208
Der Pawlowsche Reflex im linken Milieu:	
Reaktionen in Deutschland	220
›Feindliche Nähe‹. Der Briefwechsel Furet-Nolte: Ein Kommentar zum französisch-deutschen Streit	232
7. Erinnerung des 20. Jahrhunderts: Intellektuelle zwischen Kontinuität und Bruch	236
Literaturverzeichnis	247
Bildquellennachweis	263
Namenregister	264
Nachwort zur neuen Auflage	271

Vorwort

von François Bondy

Das Buch von Ulrike Ackermann ist eines der tätigen Erinnerung, ein Buch gegen das Vergessen. Es erinnert an ein heute aus dem öffentlichen Gedächtnis weitgehend verbanntes Kapitel deutsch-französischer Geistesgeschichte, deutsch-französischer Intellektuellendebatten in der zweiten Hälfte des abgelaufenen 20. Jahrhunderts. Diese Debatten – das zeigt nicht zuletzt der Kollaps des kommunistischen Systems in Osteuropa 1989/90 – hatten überaus praktische politische Konsequenzen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, aus dem die Sowjetunion Stalins als einer der Sieger hervorging, erlebte die kommunistische Bewegung in Frankreich ihren unzweifelhaften Höhepunkt. Die meisten der tonangebenden französischen Intellektuellen, von Sartre bis Merleau-Ponty, verteidigten die totalitäre Praxis des Kommunismus auch dann, wenn sie sich keiner Täuschung über den Massenterror, die Existenz eines weitverzweigten Lagersystems und das Gespinnst von Lügen und Propaganda hingaben – man war gewissermaßen Kommunist wider Willen. Ganz anders in Westdeutschland. Nach der Erfahrung von Faschismus und Nationalsozialismus, aber auch belehrt durch die drückenden Erfahrungen der kommunistischen »Renegaten« (ein Wort, das ich ungerne gebrauche) von Silone bis Koestler bestand unter vielen Intellektuellen Einigkeit darin, daß die Ablehnung und Bekämpfung des Totalitarismus unteilbar sei, daß man genauso entschieden Antikommunist wie Antifaschist sein müsse. Vor diesem Erfahrungshintergrund wurde 1950 der *Kongreß für kulturelle Freiheit* ins Leben gerufen, in dessen Auftrag ich die Zeitschrift *Preuves* herausgab. Indem sie die vorhandenen Quellen erschließt und Zeitzeugen befragt, rekonstruiert Ulrike Ackermann diese heute fast vergessene Geschichte gegenläufiger Entwicklungen in Frankreich und der Bundesrepublik.

Während nach 1968 der antikommunistische Konsens in Westdeutschland zerbrach – wobei natürlich auch die neue Ostpolitik der

sozialliberalen Koalition eine beträchtliche Rolle spielte – und vom Antitotalitarismus der unmittelbaren Nachkriegsjahre nur mehr ein gut gemeinter, aber politisch einseitiger Antifaschismus übrigblieb, der die Unterdrückung jenseits des Eisernen Vorhangs ausblendete, erlebten die französischen Intellektuellen den Gulag-Schock, ausgelöst durch die Veröffentlichung von Alexander Solschenizyns *Archipel Gulag* in den frühen siebziger Jahren. Anders als ihre deutschen Kollegen nahmen sie die verheerenden Nachrichten aus dem totalitären Universum des Kommunismus ernst. Das ermöglichte es ihnen, mit jenen Dissidenten, Personen und Gruppen (Charta 77, KOR, Solidarność), welche die Freiheitsbestrebungen der ostmitteleuropäischen Gesellschaften verkörperten, in engen Kontakt und Austausch zu treten. In den siebziger und achtziger Jahren war Paris das Zentrum der ungarischen, polnischen und tschechoslowakischen Emigration.

Ulrike Ackermann besteht darauf, daß die westdeutsche linksliberale Intelligenz – weil sie sich, von Ausnahmen wie Heinrich Böll abgesehen, den Erfahrungen der antitotalitären Opposition in Osteuropa weitgehend verschloß – über lange Zeit nicht in der Lage war, sich von ihren illusionären, schönfärberischen Vorstellungen über den totalitären Charakter des Kommunismus zu lösen. Diese spezifisch deutschen Illusionen konnten nicht zuletzt deshalb gedeihen und so lange überleben, weil man einen antitotalitären Konsens aufgekündigt hatte, den Hannah Arendt in den fünfziger Jahren klassisch formuliert hatte. So wie in der Politikwissenschaft jedwede Totalitarismustheorie in Verruf geraten war, so galt es als politisch korrekt, über den Verbrechen Hitlers diejenigen Stalins und seiner osteuropäischen Marionetten zu vergessen.

Wenn ich recht sehe, geht es Ulrike Ackermann in ihrem Buch um eine umfassende europäische Perspektive, die auch die Gesellschaften Ostmitteleuropas einschließt. Der Historiker Fritz Stern schrieb fünf Jahre nach dem Ende der kommunistischen Staatsmacht: »Die vielen Menschen in Frankreich und anderswo, die Kontakte zu osteuropäischen Intellektuellen und Künstlern aufrechterhielten, trugen auf eine Weise, die erst noch in vollem Umfang gewürdigt werden muß, am Ende zur Wiedervereinigung Europas bei.«

Mir scheint, daß Ulrike Ackermann diese Würdigung überzeugend gelungen ist.

Einleitung

»Zitate in meiner Arbeit sind wie Räuber am Weg, die bewaffnet hervorbrechen und dem Müßiggänger die Überzeugung abnehmen.«

Walter Benjamin, 1928

In den fünfziger Jahren verkündeten einige Intellektuelle hoffnungsvoll das ›Ende des ideologischen Zeitalters‹ (vgl. Daniel Bell, 1962). Mögen die großen Ideologien als geschlossene Denksysteme heute auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet sein, so sind ihre Fragmente keineswegs aus dem europäischen Denkraum verschwunden. Als Denkfiguren prägen sie Gesinnungen, strukturieren sie politisch-intellektuelle Lager und dienen der Selbstverortung der Intellektuellen.

Im Zentrum meiner Arbeit steht die in den letzten 50 Jahren engagiert geführte Auseinandersetzung französischer und deutscher Intellektueller mit den Totalitarismen dieses Jahrhunderts. Welche Folgen zeitigt diese für die politische Diskurskultur beider Länder, ihre Europabilder und ihr Verhältnis zu Osteuropa heute? Welche Wechselwirkungen und gegenseitigen Projektionen treten zutage, wenn man die deutschen und französischen Debatten spiegelt? In welcher Weise werden die totalitären Regime dieses Jahrhunderts, die Spuren totalitären Denkens in der eigenen theoretischen und politischen Orientierung reflektiert? Ist eine neue Selbstverortung bzw. Standortbestimmung der Intellektuellen nach dem Ende der Nachkriegsordnung und dem Zusammenbruch des Kommunismus zu beobachten? In diesem Zusammenhang geht es nicht zuletzt um die Rekonstruktion von Ideologiebildungen und um die Spurensuche nach den kollektiven Abwehrmechanismen gegenüber offenem, unabhängigem, dissidentem Denken, das sich jeglicher ›Lagermentalität‹ widersetzt.

Da sich der Fortgang der europäischen Integration auch in den deutsch-französischen Beziehungen und ihren Komplikationen kristallisiert, bietet sich das ›couple franco-allemand‹ nicht nur aus theoretischen Gründen als Fallbeispiel an. Wie beide Länder ihr Ver-

hältnis zueinander, zu Ostmitteleuropa und den Ländern des ehemaligen Jugoslawien gestalten, fördern oder abschotten werden, wird, pathetisch gesprochen, das »Schicksal« Europas wesentlich prägen.

»Nie waren sich Frankreich und Deutschland wirtschaftlich so nahe, und nie standen sie sich kulturell gesehen derart fremd gegenüber ... Sie fusionieren ihre Märkte und entwerfen die Einheitswährung. Doch geistig verstehen sie sich nicht.« (Glucksmann, 1998, S. 25) Zu diesem lapidaren Schluß über das Verhältnis beider Länder kam André Glucksmann in seinem deutsch-französischen Briefwechsel.

Die Entwicklung einer lebendigen europäischen Öffentlichkeit¹ und Diskussionskultur wird auch davon abhängen, wie sich Intellektuelle diesseits und jenseits des Rheins darin einmischen, ob sie mit Neugierde und nachholendem Verständnis das deutsch-französische Verhältnis neu beleben können.

Eine vergleichende Rekonstruktion der französischen und deutschen Debatten erlaubt es, die Entstehung bestimmter, immer wiederkehrender Denkfiguren aufzuspüren. Dies scheint mir um so wichtiger, als ihre Ursprünge häufig im verborgenen liegen. In diesem Zusammenhang ist deshalb die Unterscheidung zwischen latenten und unbewußten im Gegensatz zu manifesten Denkfiguren angebracht, die den intellektuellen Diskurs prägen.² Latent und unbewußt sind sie, wenn ihr Entstehungszusammenhang unbegriffen bleibt oder verdrängt ist. »Antifaschismus«, »Antikapitalismus« und »Antikommunismus« bzw. »Anti-Antikommunismus« (Sidney Hook) sind derartige Denkmuster, die bis heute der Identitätsstiftung intellektueller Milieus in Frankreich und Deutschland dienen und politische Lagerbildungen forcieren. Je weiter das realhistorische Geschehen und dessen Erfahrung, die diese Denkfigur hervorgebracht haben, zurückliegen, desto stärker wird offensichtlich ihr ideologischer Gehalt – die Figur des »Antifaschismus« liefert dafür ein gutes Beispiel.

¹ Vgl. dazu Schmierer, 1996, S. 171.

² Zur Differenz von latenten und manifesten Sinnstrukturen vgl. Oevermann, 1983, S. 234 f. Die Unterscheidung zwischen bewußten bzw. manifesten und unbewußten bzw. latenten Strukturen scheint mir geeignet, auf die Genese von Ideen, ihre Wirkung und Rezeptionsweisen angewandt zu werden.

Die unterschiedliche Auseinandersetzung mit der totalitären Erfahrung im 20. Jahrhundert – mit dem vergleichenden Blick auf das nationalsozialistische, die faschistischen oder kommunistischen Regime – brachte es mit sich, daß der Totalitarismusbegriff selbst zur Disposition gestellt wurde. Diente er einerseits – in den verschiedenen theoretischen Ansätzen – der Analyse einer spezifischen Herrschaftsform, so war ihm gleichermaßen ein normativer Gehalt eigen (vgl. Kapitel 3). Die Väter und Mütter der Totalitarismustheorie hatten am eigenen Leibe ihre Erfahrungen mit totalitärer Herrschaft gemacht, waren zeitweise selbst der »totalitären Versuchung« (François Revel) erlegen. Ihre Analysen und Schlußfolgerungen mündeten in eine antitotalitäre Haltung, der die Reflexion auf ihre politischen Erfahrungen zugrunde lag. Großes Gewicht kommt dabei der »Renegatenliteratur« zu, den Zeugnissen jener ehemaligen Kommunisten, Trotzlisten oder Maoisten, die mit ihrer Vergangenheit gebrochen hatten.

In Frankreich und Deutschland sind die intellektuellen Debatten um den Totalitarismus nahezu spiegelverkehrt verlaufen. Aus der anfänglichen positiven Faszination der französischen Intellektuellen durch den ›linken‹ Totalitarismus in den fünfziger Jahren entwickelte sich über die Jahrzehnte ein Milieu und Denkraum, deren gemeinsamer Bezugspunkt ein dezidiert antitotalitäres Selbstverständnis war. In der intellektuellen Landschaft Frankreichs haben die aus diesem Selbstverständnis gewonnenen Positionen spätestens seit Mitte der siebziger Jahre einen öffentlich relevanten Stellenwert, der von der traditionellen Linken und der Rechten keineswegs unangefochten blieb. Der ausdrückliche Abschied vieler Intellektueller vom Kommunismus und vom Marxismus, ihr biographischer und intellektueller Bruch mit linken Denktraditionen sorgte für eine Umwandlung des gesamten intellektuellen Feldes und öffnete neue Denk- und Debattenräume. In diesem Sinne kann man das Renegatentum als Emanzipationsprozeß verstehen, »der die komplementäre Gegenläufigkeit des Lagerdenkens zu sprengen sucht«³ – was in Frankreich ohne Zweifel gelungen ist.

Die Anfangsjahre der Bundesrepublik waren im Gegensatz zu Frankreich von einem antitotalitären Konsens geprägt. Er kristalli-

3 Vgl. Rohrwasser, 1991, S. 36.

siert sich geradezu paradigmatisch in der Eröffnungsveranstaltung des 1950 in Berlin gegründeten, später in Paris arbeitenden *Kongresses für kulturelle Freiheit*. Erstmals fand sich aus diesem Anlaß eine antitotalitäre europäische Intelligenz zusammen, darunter Hannah Arendt, Albert Camus, François Bondy, Arthur Koestler, Melvin J. Lasky, Ignazio Silone, Ernst Reuter, Dolf Sternberger, Raymond Aron, Karl Jaspers, Franz Borkenau, Eugen Kogon, David Rousset, Margarete Buber-Neumann und der Amerikaner George F. Kennan. Die Zeitschriften *Der Monat* und *Prewes* nahmen hier ihren Ausgang. Bemerkenswert ist, daß die jahrzehntelange Arbeit und der Einfluß dieses Netzwerks europäischer Intellektueller aus der dokumentierten Zeitgeschichte und öffentlichen Wahrnehmung bis heute nahezu ausgeblendet wurden. Die Kongreßgründer zeichnete damals eine gleichermaßen antifaschistische wie antikommunistische Grundhaltung aus – ein antitotalitärer Konsens, der die weitere Arbeit der Intellektuellen im Zusammenhang dieses Kongresses bestimmen sollte.

In den Zeiten des Kalten Krieges kam dem Begriff des ›Totalitarismus‹ eine zunehmend normative, zuweilen ideologische Bedeutung zu; er geriet zum Kampfinstrument in der politisch-intellektuellen Auseinandersetzung. In Deutschland kann man in der Folgezeit das Aufbrechen dieses antitotalitären Konsenses beobachten; die politisch-intellektuellen Lager konstituierten sich entlang der dichotomen Denkfiguren ›Antifaschismus‹ versus ›Antikommunismus‹. Ihren Höhepunkt nahm diese Entwicklung 1968. Im Unterschied zu Frankreich sorgten die Studentenbewegung und die Außerparlamentarische Opposition für einen regelrechten Paradigmenwechsel im intellektuellen und politischen Diskurs sowie im akademischen Feld der Bundesrepublik: Die Totalitarismustheorie wurde weitgehend von der Faschismustheorie abgelöst. Der zunehmende Bedeutungsverlust totalitarismustheoretischer Ansätze ging einher mit einer Aufwertung des Marxismus, dessen Prämissen und Denkfiguren das linksliberale, parteiunabhängige Milieu zumindest latent bis heute prägen. Die 25jährige Arbeit des Kongresses hatte – wie ich zeigen werde – für die deutsche und die französische ›intellektuelle Landschaft‹ (vgl. Grémion, Kapitel 4) sehr unterschiedliche Folgen.

Entlang der Analyse ausgewählter deutscher und französischer Debatten der letzten 50 Jahre stelle ich einschneidende politische

Ereignisse der Geschichte und deren Rezeption auf seiten der Intellektuellen einander gegenüber. Die Auswahl dieser Debatten ist nicht zufällig. Ausgelöst wurden sie von gravierenden historischen Einschnitten, die allesamt auf die Krise und später das Ende des Kommunismus verweisen: die Niederschlagung des Aufstands in Ungarn 1956; der Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts 1968 in Prag; der Polnische Sommer und die Verhängung des Kriegsrechts 1980/81; der Zusammenbruch des Kommunismus 1989 und später der Krieg im ehemaligen Jugoslawien seit 1991. Die Auseinandersetzung mit diesen realhistorischen Brüchen hatte maßgebliche Folgen für die Selbstverortung der Intellektuellen, um die öffentlich gestritten wurde. In Frankreich fällt dabei auf – wie ich im folgenden zeigen werde –, daß bei einigen Intellektuellen eine Kontinuität ihrer öffentlichen Interventionen bis in die fünfziger Jahre zurückzuverfolgen ist: Raymond Aron, François Fejtö, Edgar Morin, François Furet oder Claude Lefort sind hier zu erwähnen, später kamen Olivier Mongin, André Glucksmann, Bernard-Henri Lévy, Pascal Bruckner und andere hinzu. Allesamt fühlten sie sich einer antitotalitären Tradition verpflichtet, die sie früher oder später dazu veranlaßte, angesichts der obengenannten politisch-historischen Zäsuren zu intervenieren. Fejtö oder Morin etwa ergriffen das Wort 1956, anlässlich der Niederschlagung des Aufstands in Ungarn, mit ähnlicher Vehemenz wie zu Zeiten des Krieges im ehemaligen Jugoslawien 1991. Ihre Stellungnahmen, die theoretisch-politischen Schlußfolgerungen in ihren Werken und ihre politischen Biographien rekonstruiere ich deshalb vor dem realhistorischen Hintergrund. In Deutschland findet sich diese personale Kontinuität der Intervention von Intellektuellen kaum, zumindest nicht auf der Folie einer antitotalitären Tradition.

Die in den von mir untersuchten Debatten immer wiederkehrenden manifesten und latenten Denkfiguren bezeichnen bis heute die Unterschiede deutscher und französischer Diskurstraditionen. In deren Rekonstruktion sind die politischen Biographien der intellektuellen Akteure ebenso bedeutungsvoll wie ihre Werke, die die politischen Ereignisse deuten; diese Wechselwirkung verweist auf die Erfahrungsgebundenheit von Theorie. In Paraphrasierung von Pierre Bourdieu, der diesen Zusammenhang im Feld der Kultur analysiert, könnte man sagen: Um ein politisch-intellektuelles Werk zu verstehen, muß man das Produktionsfeld und die Stellung seines Autors in

diesem Raum verstehen. »Es besteht eine Korrespondenz zwischen dem Raum der Werke zu einem bestimmten Zeitpunkt und dem Raum der Autoren und Institutionen, die sie erzeugen.« (Bourdieu, 1989, S. 20) In welcher Weise die Analysen und Interpretationen Eingang in die Debatten gefunden haben, abgewehrt oder ignoriert worden sind, läßt wiederum Rückschlüsse auf die in Deutschland und Frankreich sehr unterschiedlichen Interventionsstrategien der intellektuellen Akteure zu und mündet in die Frage nach dem politischen Engagement der Intellektuellen.

Wenn im folgenden von ›den‹ Intellektuellen die Rede ist, so sind jene gemeint, die für die jeweiligen Debatten dominante Tendenzen repräsentieren; ich konzentriere mich zudem auf das linksliberale, von dem unmittelbaren Einfluß einer Partei unabhängige Milieu beider Länder. In dem Vergleich und der Spiegelung der Debatten beider Länder spitze ich diese Tendenzen zum Zwecke der Kontrastierung zu. So gelingt es, die darin aufblitzenden Denkfiguren, ihre Traditionen in der jeweiligen nationalen Geschichte und ihren ideologischen Gehalt herauszukristallisieren. Der Vorteil dieses Vorgehens besteht darin, über eine rein quantitative empirische Erhebung hinaus qualitativ relevante Entwicklungslinien in den intellektuellen Debatten beider Länder nachzeichnen zu können. Empirische Grundlagen meiner Untersuchung sind u. a. die Sichtung und Auswertung der jeweiligen Debattenbeiträge aus der *Zeit*, dem *Spiegel*, der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der *Frankfurter Rundschau*, der *Süddeutschen Zeitung*, der *tageszeitung* und der *Kommune* für die deutsche Seite. Für die Analyse der französischen Debatte dienten mir als empirisches Material unter anderem die Beiträge in *Le Monde*, *Libération*, *Nouvel Observateur*, in den Zeitschriften *Commentaire* und vor allem *Esprit*. Diese Zeitungen und Zeitschriften umreißen in etwa den öffentlichen Raum des linksliberalen Milieus, von dem die Rede ist. Neben der grundlegenden Literatur sind in dieser Untersuchung meine Gespräche mit Zeitzeugen von Relevanz (vgl. unter anderem die Gespräche mit Edgar Morin, François Fejtö, François Bondy).

Die Ungleichzeitigkeit in der französischen und deutschen Geschichte läßt eine direkte, gar chronologische Parallelisierung der entscheidenden Brüche oder Kontinuitäten im intellektuellen Feld nicht zu, weil die einschneidenden politischen und intellektuellen

Ereignisse (beispielsweise das Erscheinen von Raymond Arons *Optimum für Intellektuelle* 1957, Alexander Solschenizyns *Archipel Gulag* 1974 oder das von Stéphane Courtois und anderen herausgegebene *Schwarzbuch des Kommunismus* 1998) jeweils ganz unterschiedliche Wirkungen zeitigten. Kam es in Frankreich zu einer grundlegenden Erschütterung der gesamten politisch-intellektuellen Landschaft und deren anschließender Neuformierung nach dem Gulag-Schock 1974, fand in Deutschland Vergleichbares gerade nicht statt.

Das Erscheinen von Alexander Solschenizyns *Archipel Gulag*, sein Werk über die sowjetischen Straflager, löste bei deutschen Intellektuellen kaum einen öffentlich wahrnehmbaren Schock aus, noch sorgte es für ein Erdbeben in den bestehenden politisch-intellektuellen ›Lagern‹. Anstelle eines Bruchs waltete hierzulande eher eine Kontinuität; traditionsreiche Muster wie der ›Anti-Antikommunismus‹ bestimmten weiterhin den Diskurs. Selbst der reale Zusammenbruch des Kommunismus 1989 und der Fall der Mauer lösten im linksliberalen Milieu kaum grundlegende Umwälzungen aus; die Stabilität der deutschen Gesinnungslager blieb – weitgehend – gewahrt.

In der einige Jahre später stattfindenden Debatte über den Krieg im ehemaligen Jugoslawien 1991 ff. konzentrierten sich erneut Muster, deren latenter Gehalt auf ihren historischen und ideologischen Entstehungszusammenhang verweist. In Frankreich stand die antitotalitäre Option und damit die Totalitarismuskritik im Zentrum der Auseinandersetzung, in Deutschland die Figur des Antifaschismus. Hier war der Subtext der Debatte über den Krieg im ehemaligen Jugoslawien letztlich die Selbstverständigung über die nationale Identität des vereinigten Deutschlands. Fortgesetzt wurde dieser Streit bei Erscheinen des *Schwarzbuchs des Kommunismus*. Auch hier tauchten wieder geläufige Argumentationsmuster auf, die nicht zuletzt auf einen marxistischen Theoriezusammenhang und damit verknüpfte politische Optionen verweisen – ohne daß darauf ein expliziter Bezug stattgefunden hätte. Die daraus entlehnten ideologischen Muster bleiben latent und unbegriffen, weil sie von ihrem ideengeschichtlichen Zusammenhang entkoppelt sind oder dieser verborgen bleibt. Als manifeste Denkfiguren zählen sie zum Traditionsbestand der Linken; als latente sind sie charakteristisch für viele Intellektuelle des linksliberalen Milieus. Mag dieses Milieu auch in Frankreich existieren, so ist es dort konfrontiert mit öffentlich präsenten antitotalitären

Optionen, die aus der Geschichte der Linken hervorgegangen sind. Sie werden von Intellektuellen vorgetragen, die mit ihrer politischen und ideologischen Vergangenheit gebrochen haben.

Renegatentum und Revisionen sind lebendiger und konstitutiver Bestandteil der französischen Intellektuellenkultur und prägen den Diskurs. Diese Kultur des Bruchs⁴ hat die politischen Lager über die Jahrzehnte aufgeweicht und sie durchlässiger gemacht, der individuellen Intervention der Intellektuellen größeren Raum verschafft. In Deutschland ist man bis heute eher darum bemüht – wie die Schwarzbuch-Debatte zeigte –, die politisch-intellektuellen Lager entlang der Gesinnung konsistent zu halten. Der Schriftsteller Reiner Kunze faßte diese Neigung folgendermaßen zusammen: »Für den deutschen Intellektuellen ist die Ideologie sein Vaterland ... der deutsche Intellektuelle hat einen besonderen Hang zu in sich geschlossenen Denksystemen, und in denen hält er stand wie ein Zinnsoldat ... und zwar wie einer, der auch dann nicht schmilzt, wenn die Wirklichkeit außerhalb seines Denksystems die Hölle ist ... In Deutschland isolieren die Denksysteme extrem.«⁵

Revisionen sind in Deutschland verdächtig; die Angst geht um, wenn sich politische Lager verschieben, gerate die Demokratie in Gefahr. Aber die Demokratie ist an die Ungewißheit gebunden⁶ und muß sich selbst immer wieder aufs neue konstituieren und darin wehrhaft sein. Die Intellektuellen als Akteure des öffentlichen Raums haben daran ihren Anteil und eine Verantwortung, der sie sich verweigern oder die sie annehmen können.

4 Vgl. Bosshart, 1992.

5 Zit. n. Lasky, 1991, S. 94.

6 Vgl. Revel, 1976, S. 36.

I.

»Trügerischer Frieden«: Deutsche und französische Intellektuelle im Streit um den Krieg in Ex-Jugoslawien

»Jetzt wäre nötig eine Revolution, aber kalt sind, die einmal heiß gewesen waren.

Sie gähnen, wenn das vergewaltigte und gemordete Land Europa, an das es [d. i. Sarajewo] geglaubt hat, um Hilfe ruft.

Wenn ihre Staatsmänner Niedertracht wählen, meldet sich keine Stimme, es beim Namen zu nennen.

Verlogen war die Revolte der Jugend, die ausbrach, die Welt zu erneuern; nun spricht jene Generation das Urteil gegen sich selbst.

Indem sie die Rufe der Untergehenden gleichgültig hinnimmt; es seien ja finstre sich gegenseitig mordende Barbaren.

Und das Leben der Satten sei mehr wert als das der Hungernden.

Jetzt stellt sich heraus, daß ihr Europa von Anfang an eine Einbildung war, sein Glaube und sein Fundament ist das Nichts.

Das Nichts, wie Propheten es predigten, kann nur ein Nichts gebären, und sie werden einmal wie das Vieh zum Schlachten getrieben.

Zittern mögen sie und im letzten Augenblick merken, daß das Wort Sarajewo ab nun die Schändung ihrer Töchter und die Ausrottung ihrer Söhne bedeutet.

Das bereiten sie vor, meinend: »Wenigstens sind wir sicher, während in ihnen reift, was sie einmal stürzen wird.«

Czesław Miłosz, 1993⁷

Fünf Jahre dauerte ein Krieg in Europa, der mit dem sogenannten Dayton-Abkommen 1995 ein vorläufiges Ende fand; seine blutigen Folgen hatte er bis 1999 – auch nach der Intervention der NATO – in

7 Der polnische Schriftsteller, Jahrgang 1911, schrieb diesen Text anlässlich der Belagerung Sarajewos und des Krieges im ehemaligen Jugoslawien. Der spätere Nobelpreisträger war 1953 mit seinem Buch *Verführtes Denken* bekannt geworden (vgl. Kapitel 2). Der Text erschien in der europäischen Zeitschrift *Lettre International*, die Sarajewo 1995 eine Ausgabe widmete (Heft 31, IV. Vj. 1995, S. 47).

den ethnischen Säuberungen im Kosovo. Der Westen, das heißt die Staaten der Europäischen Gemeinschaft, aber auch die USA hatten zu spät erkannt, was das Ende des Kommunismus und der damit einhergehende Zerfall Jugoslawiens an Sprengkraft produzieren würden. Ignoranz und Nichteinmischung waren zu Anfang das Gebot der Stunde. Nach der zögerlichen Anerkennung der Staaten, die ihre Unabhängigkeit gegenüber der Belgrader Zentrale erklärt hatten, ließ der Westen zu, daß diese von der verbliebenen jugoslawischen Volksarmee überfallen und als »ethnisch gesäubertes« Territorium wieder zurückerobert wurden. Das Kompetenzgerangel zwischen NATO, UNO und den einzelnen Mitgliedsstaaten dokumentierte nicht nur das Scheitern, konsequent internationales Recht im Hinblick auf die Bedrohung Bosniens, einem souveränen, von der internationalen Gemeinschaft anerkannten Staat und immerhin selbst Mitglied der UN, durchzusetzen. Es zeigte sich, daß die westliche Duldung des serbischen Eroberungsfeldzuges mit dem Ziel eines »ethnisch reinen« Großserbien durchaus interessegeleitet war. In den um den Frieden bemühten Versuchen der »Kontaktgruppe« mischten und blockierten sich rationales Kalkül, unterschiedliche geopolitische Reminiszenzen – die bis 1914 zurückreichen – und irrationale Projektionen. Der französischen und britischen Diplomatie lag an einer Stabilisierung Serbiens als alter und neuer Hegemonialmacht auf dem Balkan – nicht zuletzt, um ein Gegengewicht gegen Deutschland und seine beargwöhnte Einflußnahme in Mitteleuropa zu schaffen. Nach der Kehrtwende in der US-amerikanischen Balkanpolitik entsprachen denn auch die militärischen Operationen, die stattfanden, mehr noch die verhinderten, dieser diplomatischen Strategie. Berichte von zurückgekehrten Militärs der UNPROFOR, aber auch aus NATO-Kreisen belegen dies (vgl. Gutman 1994, S. 219 ff., Silber/Little, 1995, S. 321 ff.). Tatsächlich hat sich aber gezeigt, daß die Hoffnung der Realpolitiker, die auf den Stärksten in der Region und damit auf einen Sieg der Serben setzten, keineswegs schneller den Frieden brachte – selbst wenn bereits der Vance-Owen-Plan zur Teilung Bosnien-Herzegowinas von 1993 dieses Ziel anstrebte. Mit dieser Politik wurde aber auch, erstmals seit Hitler, das Modell eines ethnisch homogenen Nationalstaats in Europa international legitimiert. Der Philosoph und Politikwissenschaftler Pierre Hassner folgte: »Die offensichtliche Ohnmacht, die Willenlosigkeit und das

Unverständnis verbergen in Wirklichkeit nur die Akzeptanz der serbischen Hegemonie. Im Namen der Idee nämlich, daß der jugoslawische Raum, der gesamte Balkan einem permanenten Krieg aller gegen alle geweiht wäre, wenn nicht ein alle anderen dominierender Akteur sein Recht durchsetzte. Kurz, Serbien soll die gleiche Rolle spielen wie Syrien, ebenfalls ein terroristischer Staat, aber von der internationalen Gemeinschaft mit Erleichterung begrüßt.« (Hassner, 1993, S. 87) Letztlich ging es dem Westen – im Einvernehmen mit Moskau – darum, nach dem Zusammenbruch des Tito-Reichs eine neue Ordnungsmacht, sprich Großmacht, auf dem Balkan zu protegieren. In Kauf genommen wurden dabei Völkermord und die Auflösung eines international anerkannten Staates (die Aufteilung Bosniens zwischen Serbien und Kroatien).



Abb. 1

Jugoslawien 1989: Kundgebung von albanischen Bürgern in Uroševac gegen die Unterdrückung durch die mehrheitlich serbische Bevölkerung; Festnahme eines Demonstranten durch Miliz.

Am 21. November 1995 setzte das Dayton-Abkommen dem mörderischen Krieg im ehemaligen Jugoslawien ein vorläufiges Ende. Die Hauptlast trug die Bevölkerung von Bosnien-Herzegowina: Im

Verlauf der Kämpfe wurden mindestens 145 000 Menschen getötet und 174 000 verletzt, 2,5 Millionen wurden vertrieben, 1,1 Millionen haben das Land verlassen – darunter ein großer Teil der Intelligenz, Wissenschaftler und Facharbeiter; 60 Prozent aller Häuser sind schwer beschädigt oder zerstört (vgl. die Erhebungen der Internationalen Balkan-Kommission, *Der trügerische Frieden*, 1997, S. 39). Auch wenn mit dem Dayton-Abkommen der serbische Eroberungskrieg vorläufig gestoppt wurde, beruht der geschlossene Frieden auf einer mit Waffengewalt erzwungenen Grenzziehung, der die ethnische Säuberung zugrunde liegt. Die ethnische Teilung Bosnien-Herzegowinas kollidiert zwangsläufig mit dem ebenfalls im Abkommen enthaltenen Rückkehrgebot an die Vertriebenen und dem gewünschten multikulturellen Wiederaufbau des zerstörten Landes. Auch die sehr zögerliche Ahndung der Kriegsverbrechen und der diplomatische Umgang mit den mutmaßlichen Kriegsverbrechern, die auch mit internationalem Haftbefehl gesucht wurden, fördern kaum die angestrebte demokratische und friedliche Konsolidierung des zerstörten Landes. Die von der amerikanischen Carnegie-Stiftung eingesetzte Internationale Balkan-Kommission sprach deshalb in ihrem Bericht vom *trügerischen Frieden*.⁸ Sie machte bereits damals darauf aufmerksam, daß die Ausklammerung des Kosovo aus dem Daytoner Friedensvertrag längerfristig fatale Folgen zeitigen werde. Unter dem Vorsitz des ehemaligen belgischen Außenministers Leo Tindemans begann die europäisch-amerikanische Expertengruppe noch während des Krieges in Bosnien mit ihrer Recherche über dessen Ursachen. In ihrer Rekonstruktion des Krieges, der Analyse der in-

8 Vgl. *Der trügerische Frieden*. Bericht der Internationalen Balkan-Kommission, 1997. Zwei Jahre lang bereisten der Pariser Politologe Jacques Rupnik (ihm oblag die wissenschaftliche Leitung des Projekts), der amerikanische Völkerrechtsexperte Lloyd N. Cutler, der polnische Historiker und Außenminister Bronisław Geremek, der britische Verteidigungsexperte John Roper, der Mitherausgeber der *Zeit* Theo Sommer, die ehemalige Präsidentin des Europaparlaments Simone Veil und der mittlerweile verstorbene Direktor des Berliner Aspen Institutes David Anderson die Länder des ehemaligen Jugoslawien. Sie sprachen mit Vertretern der demokratischen Opposition, Friedensgruppen, NGOs ebenso wie mit Milošević, Tudjman und Izetbegović. Zu ihren Gesprächspartnern zählten französische Verteidigungsexperten, UN-Kommissare oder russische Diplomaten, amerikanische Abhörspezialisten und deutsche Sonderbeauftragte für Flüchtlingsfragen.

ternationalen Reaktionen, der Politik Europas, der Vereinigten Staaten, Rußlands und der Vereinten Nationen kommt die Kommission zu dem Schluß: »Tatsächlich akzeptierte man vom ersten bis zum letzten Plan die ethnische Zugehörigkeit als Organisationsprinzip – und daher spiegelte die Abfolge von Friedensplänen für Bosnien verschiedene Stadien der ethnischen Teilung wider.« (*Der trügerische Frieden*, 1997, S. 90) Der realpolitischen Ethnisierung der Politik entsprach die im Westen weitverbreitete Interpretation, im Falle dieses Krieges handele es sich um den ›Rückfall in uralten Völkerhaß‹,



Abb. 2

Bürgerkrieg in Bosnien – Muslimische Kriegsgefangene werden im Mai 1995, für den Abtransport in ein serbisches Gefängnis in Pale, auf Lastwagen verladen.

um einen ›Kampf der Kulturen‹ oder gar um einen ›Religionskrieg‹. Im Gegensatz dazu sieht die Kommission die Hauptverantwortlichkeit für den Krieg bei den postkommunistischen Politikern, die den »uralten Völkerhaß« heraufbeschworen, um ihre eigenen nationalistischen Projekte zu verfolgen und ihre Macht im Zerfallsprozeß zu retten. »Sie setzten den ethnischen Nationalismus bewußt zur Legitimierung einer Politik ein, die zugleich den totalitären Charakter des Systems im Innern verstärkte.« (Ebd., S. 60)

Slobodan Milošević war und ist der größte Meister in der Durchsetzung dieses Programms. Selbst der Westen saß lange Zeit seiner Propaganda auf und dankte ihm seine Bekehrung vom Kriegstreiber zum Friedensstifter in Dayton. An die Adresse der westlichen Politiker gerichtet betonen die Kommissionsmitglieder deshalb: »Die Leistung von Dayton kann die Schande und das Entsetzen, Srebrenica zugelassen zu haben, nicht auslöschen ... Die primäre Ursache für das Scheitern der Verhandlungen über Bosnien-Herzegowina bis Sommer 1995 war die Weigerung der führenden internationalen Mächte, wesentlich früher eine überzeugende Gewaltandrohung einzusetzen, um eine Regelung zu erzwingen.« (Ebd., S.123) Der Massenmord in Srebrenica konnte geschehen, weil Rhetorik und Bereitschaft der Mächte, ihren Worten Taten folgen zu lassen, auseinanderklafften, weil die UN-Truppen mangelhaft ausgestattet waren und weil humanitäre Hilfe als Ersatz für eine politische Strategie untauglich ist. Zu diesem Schluß kommen auch andere Autoren, die über den Fall von Srebrenica arbeiteten: die Studie der beiden niederländischen Politologen Jan Willem Honig, Lehrbeauftragter für Kriegsstudien am King's College in London, und Norbert Both, früherer Forschungsassistent von David Owen, und das Tagebuch des jungen amerikanischen Journalisten und Pulitzer-Preisträgers David Rohde. Während die beiden Niederländer den Fall der Schutzzone auf den Ebenen der offiziellen Politik rekonstruieren und vornehmlich die amerikanische Politik kritisieren, zeichnet David Rohde die letzten Tage von Srebrenica aus unterschiedlichen Perspektiven nach: Die Erfahrungen von sieben Menschen – darunter ein muslimischer Soldat, der unter einem Leichenberg überlebte, der mittlerweile in Den Haag wegen Kriegsverbrechen verurteilte bosnische Kroat Erdemović und zwei niederländische UN-Soldaten – konfrontiert er mit den politisch-militärstrategischen Entscheidungen auf UN-Seite, in Sarajewo oder in Washington. Die von der UN proklamierte Schutzzone – die bosnische Armee war größtenteils entwaffnet worden – wurde widerstandslos der serbischen Eroberung preisgegeben. Diese Offensive hätte ein gezielter Luftangriff, wie er möglich und mehrfach vom Kommandeur der niederländischen UN-Truppen Thomas Karreman angefordert worden war, leicht aufhalten können. Alle drei Autoren hüten sich mangels Beweisen davor, die Preisgabe der Enklave als politisch geplante Entscheidung zu deuten. Ob es

tatsächlich einen Handel mit Belgrad gab, Srebrenica zugunsten der Freigabe von Sarajewo zu opfern, lassen alle offen. David Rohde vermutet allerdings im Fall des französischen Generals Janvier, der die von den niederländischen Truppen in Srebrenica angeforderten NATO-Luftangriffe verweigerte, Absprachen mit dem serbischen General Mladić über die Freilassung französischer Geiseln. Wie alle Welt sehen konnte, trank Mladić allerdings den Champagner nach erfolgreicher Eroberung von Srebrenica mit dem niederländischen Kommandierenden der UN. Als das Photo veröffentlicht war, wehrte man sich zunächst noch gegen die Einsicht, daß während dieses Feldzugs Tausende von Menschen planvoll und gezielt umgebracht worden waren. Bekanntlich erfolgte erst *nach* diesem größten Massaker in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg der entscheidende Militäreinsatz der NATO, der den Weg zur Vereinbarung von Dayton ebnete.⁹

»Dieser Krieg hat uns alle korrumpiert. Ich weiß nicht, ob wir uns je davon erholen werden. Häuser können wieder aufgebaut werden. Die Europäer werden sich wahrscheinlich so schuldig fühlen, daß sie uns reichlich Geld dafür schicken werden. Und die Araber werden die Moscheen wiederaufbauen wollen, nehme ich an. Aber wir sind wie Waren, die das Verfallsdatum überschritten haben. Wir sind eine Generation von shell-shocked Bettlern.« So äußerte sich eine Bürgerin aus Sarajewo, die zu Vorkriegszeiten als Richterin tätig war (zit. n. Rieff, 1995, S. 198). Der bosnische Schriftsteller Zlatko Dizdarević notierte in seinen Tagebuchaufzeichnungen am 19. Juni 1992 während der Belagerung Sarajewos die Festnahme und den Abtransport von 2000 Menschen in das Konzentrationslager Lukavica, bis zum Vortag noch eine Kaserne am Stadtrand: »Die Demütigung der Deportation in ein Konzentrationslager aber wird in Sarajewo niemand verzeihen können, weder heute noch in Zukunft. Ein Gewehrkolben im Rücken und der Abtransport ins Lager lassen einen Schmerz zurück, den niemand vergessen kann. Dieser Schlag mit dem Gewehr-

9 Zur Geschichte des Krieges im ehemaligen Jugoslawien vgl. L. Silber und A. Little, *Bruderkrieg. Der Kampf um Titos Erbe* (1995); P. Maass, *Die Sache mit dem Krieg. Bosnien von 1992 bis Dayton* (1997); N. Stefanov und M. Werz (Hg.), *Bosnien und Europa. Die Ethnisierung der Gesellschaft* (1994); M.-J. Calic, *Der Krieg in Bosnien-Herzegowina* (1995); *Europa im Krieg. Die Debatte über den Krieg im ehemaligen Jugoslawien* (1992); Paul Parin, *Es ist Krieg und wir gehen hin* (1991).

kolben löscht sämtliche Errungenschaften der Zivilisation aus, beraubt den Menschen seiner wertvollsten Gefühle und löscht den Sinn für Gerechtigkeit, Barmherzigkeit und Vergebung unwiederbringlich aus. Hätte man es dabei bewenden lassen, Menschen umzubringen, so hätten wir das noch akzeptieren können – schließlich ist Krieg. Aber Deportationen gehören nicht zum Krieg.« (Dizdarević, 1995, S. 65) In seinem Nachwort rekonstruiert der Ethnopsychanalytiker und ehemalige Kämpfer in Titos Partisanenarmee Paul Parin die jahrelange »systematische Erzeugung eines falschen öffentlichen Bewußtseins über die Kriege im zerfallenen Jugoslawien.« (Ebd., S. 204)

Obwohl angesichts der Massaker in Srebrenica im Sommer 1995 eine Wende in der öffentlichen Wahrnehmung des Kriegsgeschehens vonstatten zu gehen schien, stellt sich die Frage: Warum konnten sich bis heute Bezeichnungen wie »Bürger-« oder »Religionskrieg« nicht nur auf dem internationalen diplomatischen Parkett so hartnäckig halten, sondern auch in den unabhängigen Medien oder im Diskurs einer der Aufklärung verpflichteten Intelligenz?¹⁰ Wenn darüber hinaus immer nur von Muslimen, Kroaten und Serben die Rede ist, nicht hingegen von Bürgern, Staaten, von Regierung und Opposition, von Demokratien oder totalitären Regimen, werden offenkundig politische und historische Analyseketegorien durch ethnische ersetzt. Die Ethnifizierung der Realpolitik erfährt durch derartige Beschreibungen eine Verdoppelung; die Wahrnehmung des Kriegsgeschehens wird nach dem Muster kollektiver Identitäten – Volk, Stamm, Religion oder Kultur – vorstrukturiert: Die Rede ist dann vom »Kampf der Kulturen« (vgl. Huntington, 1996), vom »Religionskrieg« etc.: »Der westeuropäische Blick nimmt den Balkan als exotisches Schauspiel wahr, als reines Phantasma, als Ort jenseits von Geschichte und Zeit, wo die Menschen im Teufelskreis wüster ethnischer Konflikte gefangen sind, die das zivilisierte Europa überwunden hat ... Ex-Jugoslawien war die Leinwand, auf die Europa sein eigenes, verdrängtes Umkehrbild projizierte. Heute fungiert »der Balkan« weiterhin als Symptom Europas, als Leinwand, auf die Europa seine phantasmagorischen Schreckgespenster projiziert, damit die

10 Vgl. dazu meine Artikel »Die verräterische Sprache. Zum Medienkrieg um Bosnien« (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22. 3. 1994) und »Der verbannte Blick« (*Kommune* 4/1994).

Inkonsistenzen und Widersprüche des eigenen ideologisch-politischen Gebäudes unsichtbar bleiben.«¹¹

Im Streit um Schuld und Verantwortung für den Krieg im ehemaligen Jugoslawien ging es weniger um eine sachliche und objektive Rekonstruktion des Geschehenen als vielmehr um die teilweise willkürliche Instrumentalisierung der Historie im Dienste der eigenen politischen Positionsbestimmung. Der Balkan diente dem Westen schon lange vor dem Krieg als Ort vielfältiger Projektionen: als Traumland vorkapitalistischer Unberührtheit, als soziales Experimentierfeld zwischen Kapitalismus und Kommunismus, als Paradies der Multikulturalität, blockfreie Idylle oder auch als ein Gebiet, wo Westeuropa seine kulturelle und politische Grenze zog. Das Wechselspiel von Parteinahme, Identifikation und Abwehr legten diese Projektionsmechanismen im Streit um das Versagen des Westens in seiner Jugoslawienpolitik erneut offen. Sind die Länder des ehemaligen Jugoslawien etwa zum »seelischen Balkandepot für zivilisationsmüde Westeuropäer« (Karl-Markus Gauß, *Die Zeit*, 9. 2. 1996) geworden?

Ein Vergleich der Debatten in Frankreich und Deutschland um die Politik gegenüber dem ehemaligen Jugoslawien ist geeignet, dieses Geflecht von Projektionen und Abwehrmechanismen zu entwirren. Dabei untersuche ich weniger die außenpolitischen Gegensätze zwischen der französischen und der deutschen Regierung – jenseits des Rheins eine anfangs proserbische Politik; diesseits des Rheins eine anfangs prokroatische Orientierung¹² –, sondern vielmehr deren Rezeption in der französischen und deutschen intellektuellen Öffentlichkeit. Mein Augenmerk gilt dabei besonders der Debatte im links-liberalen Denkraum beider Länder, weil die Positionsbestimmungen, insbesondere in der Phase der Interventionsdiskussion, nahezu spiegelverkehrt verliefen.¹³ Ideologisch aufgeladene Schlagworte tauchen

11 So charakterisierte der slowenische Philosoph und Psychoanalytiker Slavoj Žižek den westlichen Blick auf Ex-Jugoslawien in der Auseinandersetzung um Emir Kusturicas Film *Underground* (*Frankfurter Rundschau*, 17. 8. 1995).

12 Vgl. Pierre Hassner, *La violence et la paix*, Paris 1995; Peter Maass, *Die Sache mit dem Krieg. Bosnien von 1992 bis Dayton*, München 1997 und Laura Silber und Allan Little, *Bruderkrieg. Der Kampf um Titos Erbe*, Graz 1995.

13 Grundlage meiner Analyse ist die Sichtung und Auswertung der zu die-